

Dresdner Volkszeitung

337

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sperrstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Schließzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätze werden die Gespaltene Petitione mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 177.

Dresden, Montag den 3. August 1908.

19. Jahrg.

Die Auswanderung nach Sibirien und die russische Agrarfrage.

Von unserem Korrespondenten.

Die russische Agrarfrage ist in der Hauptsache eine Bodenfrage. Der Bauer empfindet Mangel an Boden und glaubt seiner Not nur durch Erweiterung seiner Parzelle entgegen zu können. Damit ist nicht gesagt, daß dem Bauer absolut kein anderer Ausweg zur Verfügung stehe. Die Bodenverhältnisse an sich sind in Rußland nicht schlechter, sondern vielmehr besser als z. B. in Deutschland. Durchschnittlich verfügt der russische Bauer über ein viel größeres Quantum von Grund und Boden als der deutsche. Bei einer besseren Bewirtschaftung stände der russische „Ruschik“ viel besser da als sein deutscher Standesgenosse. Aber für einen höheren Betrieb fehlen dem Russen einmal die nötigen Kenntnisse, dann aber auch das Kapital. Daraus ergibt sich, daß der russische Bauer mit allen Mitteln eine Bodenvermehrung anstreben muß.

Die Vergrößerung seines Landbesitzes kann aber nur auf Kosten des Gutbesizers geschehen. Andere Vorkommen gibt es im europäischen Rußland nicht. Da aber der Gutbesitzer von der Abtretung seines Vermögens nichts wissen will, bleibt dem Bauer — solange er nicht in der Lage ist, das Angestrebte durch Gewalt an sich zu reißen — nichts anderes, als nach Sibirien auszuwandern. Seit mehreren Jahrzehnten tut er es auch. Sibirien ist ein Land, das anderthalbmal so groß wie ganz Europa ist. Seine Bevölkerung wird auf etwa 7—8 Millionen Einwohner geschätzt, der Bodenreichtum ist somit so gut wie unermesslich. Unter gewissen Umständen könnte man auf dem sibirischen Gelände das gesamte russische Bauerntum ansäßig machen und ihm mehr Boden zur Verfügung stellen, als es brauchen kann. Diese Umstände setzen aber wieder ein gewisses Quantum von Kapital und Bildung voraus, das gerade dem Bauer fehlt, und ohne das der jungfräuliche Boden Sibiriens nur schwer bebaubar ist. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Auswanderung nur sehr langsam vor sich geht und für die Lösung der Agrarfrage kaum in Betracht kommt.

Daß dem so ist, zeigt am besten die Geschichte der sibirischen Auswanderung selbst. Nach der Bauernbefreiung hatte die Regierung die Auswanderung nicht nur nicht begünstigt, sondern umgekehrt mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Sie tat es, um den Gutbesitzern die ihnen notwendigen billigen Arbeitskräfte zu verschaffen. Aber trotz aller Hindernisse wuchs die Ueberfiedlungsbewegung immer stärker an. In den achtziger Jahren übersiedelten jährlich 25 bis 30 Tausend Bauern; am Anfang der neunziger Jahre schon 80 bis 90 Tausend. Als die große sibirische Eisenbahn gebaut wurde, wurde die Ueberfiedlungspolitik in einem für die Bauern günstigen Sinne geändert. Dieser Umstand ließ die Hoffnung auf ein noch stärkeres Wachstum der Bewegung zu, was auch anfänglich der Fall war. Im Jahre 1895 wanderten schon mehr als 120 000, 1896 mehr als 180 000 nach Sibirien aus. Dann aber hielt die Bewegung inne und ging sogar rasch zurück. In den Jahren 1898 bis 1900 wanderten jährlich 150 000 bis 190 000 aus; in den Jahren 1901 bis 1903 nur noch 70 000 bis 90 000. Im Jahre der Revolution zählte man nur 33 042 Auswanderer.

Man sieht, Sibirien zieht den landhungrigen Bauer nicht besonders stark an. Je weiter, desto kleiner wird die Auswanderungszahl, was einen ganz triftigen Grund hat. Solange es noch Vorkommen gab, die mit geringer Kraftanwendung einen angemessenen Ertrag sicherten, war es für die Bauern vorteilhafter auszuwandern. Sobald aber dieser Teil der Ländereien vergriffen war und nur noch solche Bodenstücke blieben, die erst nach und nach, durch allmähliche Bearbeitung nutzbar werden konnten, wurde die Auswanderung für den armen Bauer so gut wie nutzlos. Denn hätte er die Möglichkeit, mit der Realisierung seiner Arbeit zu warten, wäre es für ihn viel angenehmer, die Parzelle, die er jetzt bebaut, ausruhen zu lassen und sie somit ertragsfähiger zu machen. Das ist aber gerade für ihn unmöglich. Er kann nicht warten und ist deshalb genötigt, Hauswirtschaft zu treiben. Kann er es nicht mit größtem Vorteil in Sibirien tun, wird ihm dieses verwehrt und er bleibt zu Hause. Nicht selten kommt er sogar aus Sibirien zurück, wenn die Erwartungen auf ein besseres Leben nicht in Erfüllung gingen. Durchschnittlich zählte man in den letzten Jahren 18 Proz. Rückwanderer.

Es ist also klar, daß die Auswanderung nach Sibirien nicht eine Lösung der russischen Agrarfrage sein kann. Zwar hat die Auswanderung in den letzten zwei Jahren große Fortschritte zu verzeichnen. So wanderten im Jahre 1906 200 749 aus und 1907 schon mehr als eine halbe Million (580 148). Aber auch diese Zahl ist verhältnismäßig klein und ist jedenfalls kleiner als der jährliche Bevölkerungszuwachs, der mehr als eine Million ausmacht. Eine Verringerung, eine Verdünnung des Bauerntums durch die Auswanderung ist somit auch trotz dieser Ziffern nicht zu erwarten.

Dazu kommt noch, daß dieses Wachstum der Auswanderung in gewissem Umfange künstlich erzeugt wurde. Die Regierung bietet alles auf, um eine möglichst große Zahl von Bauern über die sibirische Grenze zu werfen. Sie vernachlässigt alle Aufgaben, die eine halbwegs gesunde Kolonisierung erforderlich macht, und ist zufrieden, wenn sie durch verlockende Versprechungen und Vorpostelungen ein paar Hunderttausend Bauern mehr nach Sibirien befördern kann ohne Rücksicht auf ihre weitere Zukunft. Es fehlt deshalb den neu Angelassenen an den elementarsten Dingen, sie leiden an Wassermangel, es mangelt ihnen

an Gerätschaften, an Beförderungsmitteln usw. Die Lage der Neuankömmlinge ist oft ganz unerträglich. In einigen Orten kam es deshalb zu Aufständen.

Der Schluß liegt also nahe, daß die jetzige Auswanderung nicht nur keine Lösung des brennenden Agrarproblems ist, sondern auch kein Mittel zur Kolonisation der sibirischen Steppen. Die Bestrebungen der Regierung, die Ueberfiedlung nur unter dem Gesichtspunkt der Zahl — je mehr, desto besser! — zu betreiben, muß unermüdlich zu einer Katastrophe führen, die das Agrarproblem noch verschärfen wird. Bleibt die jetzige Auswanderungspolitik weiter bestehen, wird die Krise nicht lange auf sich warten lassen.

Auf dem Wege nach Kanoffa.

Eine politische Enthüllung von erheblicher Tragweite veröffentlicht die Kreuzzeitung in ihrer Wochenschau vom 2. August. Das konservative Blatt, das ebenso wie sein Besimmungsgenosse, der sonst sehr zentrumschone Reichsbote, in den letzten Tagen einem Zusammengehen der Konservativen mit dem Zentrum in der Frage der Reichsfinanzreform das Wort geredet hat, erklärt jetzt mit schärfer Deutlichkeit, daß dieses wenig blutdürstige Verhalten der Konservativen nicht nur den vollen Verfall der Bloedregierung finde, sondern daß diese selbst — man höre und staune — mit dem Zentrum wegen der Reichsfinanzreform in Unterhandlung stehe. Das heißt: Fürst Bülows, der im Dezember 1906 dem Zentrum den Fehdehandschuh hinwarf, der diese Partei wegen ihrer „antinationalen Krugogang“ mit der Sozialdemokratie zusammen in Mitleid und Bann tat, Fürst Bülows, der den Reichstag auflöste, um den Einfluß des Zentrums, die „Rebengeneration“ zu brechen, kriecht vor den schwarzen Herren zu Kreuze und bittet sie in seinen schwachen Knieen um ihre wohlwollende Unterstützung. Die Liberalen aber, die den Fehdehandschuh in jenseitigen Händen hatten, um das Zentrum „auszuschalten“, die in dieser „Ausschaltung“ des Zentrums den größten Erfolg der Bloedpolitik feierten, sehen sich grenzenlos betrogen. Wenn Herr Hoffmann und Herr Wiemer nach Norderny kommen, werden sie im Wohnzimmer der Villa Bülow's einen guten alten Bekannten finden, Herrn Peter Spolans alten logenberäumten, frisch aufgebügelt und glänzend, und wenn sie dann verlegen über die Schwelle stolpern, wird es vielleicht heißen: Gehn Sie nach Hause, meine Herren, es ist alles erledigt!

Die Stelle in der Wochenschau der Kreuzzeitung, in der diese Wendung durch Gottes Fügung angekündigt wird, lautet wörtlich:

„Wird jemand behaupten, daß es für die Finanzreform und für das Reich selber gleichgültig ist, ob die neuen Finanzen mit der kaiserlichen Bloedmehrheit oder mit allen Stimmen der nationalen Parteien angenommen werden? Die Regierung selbst nicht... Der Reichstagsabgeordnete Erbberger schrieb am Donnerstag im Tag: „In wachsendem Maße hat man freilich — ich kann das versichern — denn nicht die Mächte, die neuen Steuern gegen oder ohne das Zentrum zu machen.“ Das war und längst bekannt... Die Regierung verhandelt wegen der Finanzreform mit dem Zentrum...“

Wäre die Art des deutschen Liberalismus nicht schon längst bekannt, so dürfte man einermüßig gespannt sein, was er zu diesem enthaltenden Rückversicherungsvertrag gegen die Risiken der Bloedpolitik zu sagen haben wird. Aber die ganze sogenannte Verhandlung des Liberalismus bestanden und dieser hat nach allem noch einigem Wimmern den heroischen Entschluß gefaßt, seinen Herren nur noch reuer zu dienen, um nicht noch mehr geprügelt zu werden. Die Unterhandlungen der Regierung mit dem Zentrum bedeuten nicht nur einen höchst lässlichen Kanoffa-Gang Bülow's, sondern auch einen Akt, der sich mit der berühmten Nationaltagend, der „deutschen Treue“, nicht recht vereinbaren zu lassen scheint. Allerdings ist deutsche Treue nie anders als Untertanentreue gewesen, und ganz im Sinne der besten preussischen Traditionen ist es gehandelt, wenn Fürst Bülow die Uebung der deutschen Nationaltagend ganz einseitig seinen liberalen Oberknechten überläßt.

Eine üble Rolle in diesem Handel spielt aber nicht nur Fürst Bülow, nicht nur auch der zum laubbeweihten Male düpierte und moralisch geprügelte Liberalismus, eine nicht minder üble Rolle spielt auch das Zentrum. Bei dem Zentrum hätte es gelegen, dafür zu sorgen, daß dieser bis über die Ohren blamierten völk- und wahlrechtsfeindlichen Regierung überhaupt keine neuen Steuern bewilligt, daß aber auch unter einer neuen Regierung die Lasten einer Reichsfinanzreform nur den tragfähigen Schultern der besitzenden Klassen auferlegt würden. Das Zentrum hat aber während der ganzen Zeit seiner Verbannung keinen Augenblick, weder in Wahlrechts- noch in Steuerfragen, die notwendige und nützliche Arbeit einer vollständigen Opposition getrieben, sondern nur immer auf die Gelegenheit gelaufen, in seine alte Stellung als treugehörige Regierungspartei wieder einzurücken zu dürfen. Darum erlief man immer wieder das alte Schauspiel, daß alle sogenannten „nationalen Parteien“ dem Reichskanzler als einem alten politischen Hens ihre Dienstdienste anbieten. — Und kann freilich nicht übersehen werden, daß sich der Traum der Kreuzzeitung erfüllt und daß die neue völkbelastende Finanzreform

mit den Stimmen aller sogenannten „nationalen Parteien“, zu denen ja neuerdings das Zentrum auch wieder gerechnet wird, zustande kommt.

Die Erschütterung, die das Ansehen des Zentrums dadurch erfährt, kann dann nur der Sozialdemokratie zugute kommen!

Politische Uebersicht.

für den Frieden.

Wir berichteten, daß die englische Arbeiterpartei beschlossen hat, zwanzig Vertreter nach Deutschland zu senden, um der von bestimmten Interessentengruppen betriebenen Kriegshetze entgegenzutreten, und daß sie gleichzeitig eine Resolution gefaßt hat, die sich scharf gegen den Jingoismus wendet. Sie hat in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„Die Nationalkonferenz der Arbeiterpartei (Labour Party), die über eine Million organisierte Arbeiter vertritt, bedauert die zu spät durch kleine Interessengruppen in Großbritannien und Deutschland unternommenen unverantwortlichen und lässlichen Schritte, die Bevölkerung beider Länder zu überreden, daß ein Krieg zwischen ihnen unvermeidlich sei. Zugleich verbannt sie die provozierende Flottenbaupolitik, welche die Regierungen beider Länder betreiben; denn anstatt den Frieden zu fördern, schwächt diese, indem sie allgemeine Vorurteile färbt und den Alarm der Kammern als begründet erscheinen läßt, im Volksgemüt die Entschlossenheit, dem Kriegstreiben Widerstand zu leisten.“

Die Exekutive der Arbeiterpartei gibt deshalb der Arbeiterpartei Deutschlands die Versicherung, daß sie niemals sich daran beteiligen wird, Mißtrauen auszukübeln, und daß sie davon überzeugt ist, ein Krieg zwischen beiden Völkern würde ein entsetzliches Verbrechen sein, das nur durch die Tätigkeit weniger Personen möglich erscheint, die die Presse gekauft haben zu dem Zweck, die Nachrichten zu fälschen, um ihre politischen Leidenschaften und ihre wirtschaftlichen Interessen zu betreiben.“

Die Exekutive ladet deshalb die deutschen Arbeiter ein, mit uns zusammenzuwirken, um die Kriegshetze niederzuschlagen und zwischen beiden Nationen ein gutes Einvernehmen herzustellen.
London, den 28. Juli 1908.“

London, 2. August. Die englischen Arbeiter haben gestern eine mächtige Demonstration für den Frieden veranstaltet. In einem langen Zuge begaben sich mehrere Tausend Arbeiter zu dem alten Londoner Demonstrationplatz, dem Trafalgar Square. Fünzig Gewerkschaftsdelegierten wurden im Zuge getragen. Auf dem Plage sprachen die Arbeiterabgeordneten Lorne, Macdonald und Ward sowie die Gewerkschaftsleiter Depard. Die Resolution betonte die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder. Zwischen dem englischen und dem deutschen Proletariat gebe es keine Kriegshetze.

Das Blutbad in Villeneuve.

Nach den „Rebentaten“ der Truppen, die in der Nähe von Paris durch Arbeiterblut wankten, legt die französische Regierung ihre Aktionen zur gewaltsamen Vernichtung der Arbeiterorganisationen fort. Denn allem Anschein nach handelt es sich einzig und allein nur darum, sie zu sprengen. Sie irrt sich, wenn sie glaubt, durch Wasserwerkschlangen der Führer der mit volstem Recht empörten Arbeiter Herr zu werden. Das Blut der Ermordeten fordert Vergeltung und Vergeltung, und die Arbeiterorganisationen beweisen durch ihre Entschlüsse, von neuem in einen Proteststreik einzutreten, daß sie fest entschlossen sind, auf die Schonbitten der Regierung so zu antworten, daß eine Wiederholung des Nordens eine Unmöglichkeit wird.

Folgende Meldungen sind eingetroffen:

Paris, 2. August. Der Sekretär der Confédération générale du travail, Poutet, sowie das Mitglied dieser Konföderation Boucaquet wurden gestern Abend wegen der Vorfälle in Villeneuve verhaftet.

Paris, 2. August. Die Delegierten der Syndikate, welche der Confédération générale du travail angehören, hielten gestern eine Versammlung ab, um über die Lage zu beraten. Die Versammlung dauerte bis 1 Uhr 30 Minuten nachts. Es erhielt sich das Gerücht, daß neue Verhaftungen vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten soll sich auch der Generalsekretär der Union der Syndikate, Oignier, befinden.

Paris, 2. August. Die Zahl der bisher Verhafteten beträgt sieben. Drei weitere Haftbefehle konnten nicht ausgeführt werden, da die betreffenden Personen nicht aufzufinden waren.

Paris, 2. August. Außer dem bereits verhafteten Führer des Allgemeinen Arbeiterverbandes, Boucaquet, sollen nach einem Bericht des Oberstaatsanwalts und der Sicherheitsbehörden gestern morgen noch mehrere Parteimitglieder des Verbandes festgenommen worden sein. Es heißt, daß der Arbeiterverband die ganze Nacht hindurch durch zahlreiche Schüsse bewacht wurde.

Paris, 2. August. Heute sind weitere sechs Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes verhaftet worden.

Die Antwort der Arbeiter.

Paris, 2. August. Hunderttausend Gewerkschaftsdelegierte hielten gestern in der Arbeiterdelegation eine Versammlung ab, in der sich das neue Bureau konstituierte. Es wurde erklärt, daß alle Maßnahmen für die Arbeiterschaft in sämtlichen Gewerben, die Montag früh beginnen soll, getroffen seien. Die Gewerkschaftsorganisation beschloß unumwunden, die Arbeit von Sonntag ab bis Montag ruhen zu lassen. Der Verband der Gasarbeiter sowie das Syndikat der in häuslichen Betrieben beschäftigten Arbeiter nahmen eine Resolution an, in der das Vorgehen

Vertical text in the left margin, likely a page number or publication information.